

Staatskanzlei Kanton Zug  
Seestrasse 2 Postfach  
6301 Zug

Zug, 27. Januar 2025

**Motion der SVP-Fraktion betreffend gemeinnützige Arbeitseinsätze für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene im Kanton Zug**

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, sehr geehrter Herr Landschreiber,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Motion wird der Regierungsrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um erwachsene und arbeitsfähige Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, welche keine Betreuungspflichten haben und (Asyl-) Sozialhilfe beziehen, zu gemeinnützigen und unentgeltlichen Arbeitseinsätzen zu verpflichten.

Die Einsätze sollen:

- der Allgemeinheit oder der jeweiligen Wohngemeinde zugutekommen,
- keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft darstellen,
- einfach, rasch und unbürokratisch bewilligt werden können.
- bei Verweigerung soll die Sozialhilfe bis auf das sozialhilferechtlich zulässige Minimum gekürzt werden können.

Begründung:

In vielen Gemeinden und sozialen Einrichtungen besteht Bedarf an niederschweligen Unterstützungsleistungen, etwa in den Bereichen:

- Unterhalt von öffentlichen Anlagen,
- Mithilfe in Recyclingstellen, bei der Abfallbeseitigung, bei einfachen Reinigungs- und Räumungsarbeiten,
- Unterstützung bei Veranstaltungen,
- Mithilfe in sozialen Einrichtungen, Alterszentren, Quartierdiensten,
- Übersetzung und Begleitung im Rahmen der sozialen Arbeit,
- Beiträge im Natur- und Landschaftsschutz.

Durch gemeinnützige Einsätze können betroffene Personen aus dem Asylbereich praktische Erfahrungen sammeln, Sprachkenntnisse anwenden und Kontakte zur lokalen Bevölkerung knüpfen. Gleichzeitig wird der Nutzen der gewährten (Asyl-)Sozialhilfe für die Gesellschaft sichtbar und nachvollziehbar. Die Einsätze sollen bewusst so ausgestaltet werden, dass sie keinerlei Konkurrenz zur Privatwirtschaft darstellen. Mit den Arbeitseinsätzen erhalten die Asylsuchenden eine sinnstiftende Aufgabe, welche ihnen Struktur und einen geregelten Tagesablauf geben. Dies erleichtert ihnen später auch den Start ins Arbeitsleben.

Aus Sicht der Motionärin ist es überdies absolut zumutbar, Personen aus dem Asylbereich zur Minderung der durch sie verursachten Kosten für die Gemeinschaft Arbeiten verrichten zu lassen, ohne dies zusätzlich zu entschädigen.

Wir danken für die wohlwollende Aufnahme unseres Anliegens.

Für die SVP-Fraktion  
Alessandro Ehrbar, Kantonsrat